

Ökologischer Übergang

Die Banken tragen die Hauptverantwortung für den Klimawandel

Die von Banken und Vermögensverwaltern im Vereinigten Königreich finanzierten CO₂-Emissionen sind laut einer Studie von WWF und Greenpeace aus dem Jahr 2021 fast doppelt so hoch wie die gesamten Emissionen des Landes.

Die sechs französischen Banken - BNP Paribas, Crédit Agricole, Société Générale, Banque Populaire Caisse d'Épargne, Crédit Mutuel und die Banque Postale - haben einen CO₂-Fußabdruck, der fast das Achtfache der Treibhausgasemissionen in ganz Frankreich ausmacht; Laut einer Studie von OXFAM France aus dem Jahr 2020. Wenn die Banken so weitermachen, wird es bis 2100 zu einer Erwärmung um bis zu +4°C kommen. Eine aufschlussreiche Zahl, weit entfernt von den 1,5°C, die im Pariser Abkommen festgelegt sind.

Die verantwortlichen Anlagestrategien der Zentralbanken der G20 und des Eurosystems sind entweder nicht vorhanden, undurchsichtig oder tragen den Umweltauswirkungen nicht genügend Rechnung; laut einer Studie von Reclaim Finance aus dem Jahr 2021, einer NRO mit Sitz in Paris, soll eine bestimmte Finanzierung in den Dienst des Klimas gestellt werden. Von 37 Zentralbanken haben nur wenige, wenn auch geringfügige, Beschränkungen für ihre Investitionen in fossile Brennstoffe und nur eine hat glaubwürdige Kriterien, um ihre Portfolios mit dem Pariser Abkommen in Einklang zu bringen.

Die Schweizerische Nationalbank ist ein wichtiger Finanzakteur, der im Dezember 2020 Reserven in Höhe von 910 Milliarden Schweizer Franken verwaltet, von denen 23% für Investitionen in Aktien ausgegeben werden, darunter die großen Ölgesellschaften, Wie im IPCC-Bericht zum Klimawandel unlängst hervorgehoben wurde, gibt es Treibhausgasquellen. Une analyse, effectuée par les professeurs de finance Rüdiger Fahlenbrach (EPFL) et Eric Jondeau (UNIL-HEC), Mitglieder des Swiss Finance Institute (SFI) und des Enterprise for Society Centre (E4S), die sich auf das amerikanische Aktienportfolio der BNS konzentrieren - *die Daten sind verfügbar, da die SNB ihre Anteile an allen börsennotierten US-Unternehmen offenlegen muss* - zeigt, dass eine kleine Zahl von Unternehmen im Portfolio besonders große Umweltauswirkungen hat. Laut dem Bericht sind im Jahr 2019 89 von 2500 Unternehmen für 59% der CO₂-Emissionen des Portfolios verantwortlich, während sie nur 5% des Marktwerts des US-Aktienportfolios der SNB ausmachen. Das passive Management der BNS ist umstritten und wird von Klimaaktivisten wiederholt kritisiert.

Nur eine Finanzregulierung kann die Klimaherausforderung bewältigen

Die Finanzialisierung der Wirtschaft, die in den 1980er Jahren mit der Welle der Deregulierung und Privatisierung begann, ging einher mit dem Aufstieg der Geschäftsbanken: Multinationale Konzerne können

Ökologischer Übergang

so problemlos Finanzmittel erhalten, können für sie günstige Ratings erhalten, die durch Versicherungsgesellschaften und Derivate geschützt sind. Unter diesen Umständen besteht für multinationale Unternehmen kaum ein Anreiz, einen raschen ökologischen Wandel einzuleiten und ihren missbräuchlichen sozialen und ökologischen Praktiken ein Ende zu setzen, selbst wenn sie von der Zivilgesellschaft ins Visier genommen werden. Im Gegenteil: Die Zunahme der Aktien- und Anleiheaktiva verstärkt den Druck auf die Unternehmen, durch die Nutzung ihrer Wertschöpfungsketten immer mehr kurzfristige Gewinne zu erzielen. Die Finanzwirtschaft ist aufgebläht, hat zu wiederholten Krisen geführt und verursacht zunehmende soziale Ungleichheiten und die Überfischung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Es ist an der Zeit, sie zu regulieren und in den Dienst der Realwirtschaft zu stellen:

- Strenge Regulierung der **Investmentfonds** und Verhängung von Sanktionen bei Ausgabe von Aktien oder Schuldverschreibungen für multinationale Konzerne;
- **Einrichtung einer öffentlichen Ratingagentur** oder Aufforderung an private Ratingagenturen, die missbräuchlichen Praktiken sowie die ökologischen oder sozialen Auswirkungen der von ihnen bewerteten Unternehmen zu analysieren;
- **Regulierung der Börsen** im Hinblick auf die Anforderung von Prospekten oder Berichten über die sozialen und ökologischen Auswirkungen der börsennotierten Unternehmen;
- Beendigung der Festsetzung von Energie und Nahrungsmittelpreisen durch den Handel mit Derivaten, Hochfrequenzhandel und andere Formen der **Spekulation**, sondern sie sich eher auf nachhaltige Produktionskosten stützen.
- Befolgen Sie die Empfehlungen der Schweizerischen Bankenvereinigung (ASB) in Zusammenarbeit mit der Boston Consulting Group (BCG), die das Investitionsvolumen bewertet hat, das die Schweizer Wirtschaft benötigt, um **bis 2050 die CO₂-Neutralität zu erreichen**. Die bis 2050 erforderlichen Investitionen belaufen sich auf insgesamt CHF 387.2 Mrd. bzw. durchschnittlich CHF 12.9 Mrd. pro Jahr.

Sonstige Maßnahmen zugunsten der Umwelt

- **Internalisierung der Umweltkosten:** Hinsichtlich der Kosteneffizienz besteht das bisher bestehende grundlegende Problem in der Externalisierung der Umweltkosten. Das bedeutet, dass die Privatwirtschaft der Gemeinschaft die Kosten für die durch ihre Geschäftstätigkeit verursachten Schäden auferlegt. Ein weniger toleranter und weniger selbstgefälliger Staat, der in der Lage ist, Schadstoffemissionen einzuschränken oder zu verbieten, ist der wirksamste Weg zur Internalisierung der Umweltkosten.

Ökologischer Übergang

Auf diese Weise steigen die Preise für umweltschädliche Produkte, und der Verbrauch wird durch den Markt sinken. Im Extremfall wird das Unternehmen gezwungen sein, neue technologische Investitionen oder neue, umweltfreundlichere Marktoptionen zu tätigen. In beiden Fällen verbessert sich dadurch die Umweltverträglichkeit. So sind folgende Normen einzuführen bzw. zu verschärfen:

1. **CO₂-Normen:** Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Aufforstung, individuelles Verhalten und staatliche Anreize, öffentlicher Verkehr und Huckepackverkehr usw.
 2. **Normen für endokrine Disruptoren:** Endokrine Disruptoren haben schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit eines Organismus und können Tumore, Geburtsschäden, eine Beeinträchtigung der Fortpflanzungsfähigkeit und andere Entwicklungsstörungen verursachen: Fettleibigkeit, Diabetes und so weiter.
 3. **Normen für bestimmte Lebensmittel:** Ein entschlossener Kampf gegen die Lobbyisten der Lebensmittelindustrie muss zur Einführung strenger Vorschriften führen, um bestimmte schädliche Inhaltsstoffe einzuschränken oder bisweilen zu verhindern.
- **100% Bio-Landbau:** Der Landwirt ist verpflichtet, gesunde Lebensmittel zu produzieren, hat aber Anspruch auf ein angemessenes Einkommen. Der Agrarmarkt zwingt den Landwirt jedoch, intensiv zu produzieren und dazu Pestizide einzusetzen. Trotzdem ist sein Einkommen nicht zufriedenstellend. Die Verbraucher gefährden ihre Gesundheit durch den Konsum von Produkten, die durch Pestizide giftig werden. Die landwirtschaftlichen Einkommen und Erträge müssen getrennt werden: Den Landwirten muss ein Mindesteinkommen garantiert, und die Qualität der Erzeugung und nicht die Quantität gefördert werden. Bei Bedarf muss der Staat die erforderliche Einkommensergänzung übernehmen.
 - **Förderung der Kreislaufwirtschaft:** Das Ziel besteht darin, unsere Abfälle in materielle oder energetische Ressourcen umzuwandeln.
 - **Lokales Handeln:** Der Übergang erfolgt auf diffuse, dezentrale Weise in Netzwerken. Unterstützung der Zivilgesellschaft, Verbesserung des Konsums durch Entwicklung kurzer Kreisläufe.
 - **Entwicklung der biologischen Vielfalt:** Es geht darum, einen Plan zur Entwicklung der biologischen Vielfalt aufzustellen, indem ein wachsender Anteil der Flächen auf die biologische Vielfalt abgewälzt wird. Dieser Vorschlag ergänzt den Vorschlag zur Umstellung auf den ökologischen Landbau.